



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0866890

P/XVI/2 - 3. Januar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe.

Seite: Zeilen:

1 - 2 Dr. Konrad Adenauer 85 Jahre 62
Zum Geburtstag des Bundeskanzlers am 5. Januar 1961

3 - 4 Heyde-Sewade: Untersuchungsausschuss läßt nicht locker 72
Jetzt geht es um die Glaubwürdigkeit von Staatsanwälten

5 - 7 "Schutz für die Kriegskriegsverurteilten" 152
Die "Lysistrata"-Affäre wird zum offenen Skandal

7 "Pazifismus nicht verboten" 21
Wir lesen in der "Stuttgarter Zeitung"

* * *
* * *

Dr. Konrad Adenauer 85 Jahre

Zum Geburtstag des Bundeskanzlers am 5. Januar 1961

G.M. Der 85-jährige Dr. Konrad Adenauer, Regierungschef des freien Teils Deutschlands, darf von sich sagen, das Leben erfüllt zu haben und Mitgestalter des Schicksals unseres Volkes gewesen zu sein. Für diese Leistung gebührt dem 85-Jährigen Anerkennung und sogar Bewunderung. Nur wenigen Erdenbürgern ist es beschieden, ihre eigenen Vorstellungen als Maß der Dinge angelegt haben zu können.

Gewiss, der 85-jährige Adenauer ist nicht ohne Fehler. Wer wäre es? Er ist ein Mann, der mit Klugheit - um nicht zu sagen, mit List und Hartnäckigkeit - seinen Weg ging. Er identifizierte immer, nicht ohne Widerstand zu finden, seine Vorstellungen von den Aufgaben eines Teiles Deutschlands mit denen unseres ganzen Volkes.

Vielleicht ist hier aber die Tragik seines und unseres Schicksals zu sehen, jene Tragik, die uns immer wieder dazu zwingt, die Spaltung des Vaterlandes vor Augen zu haben.

Wir sagen nicht, der 85-jährige Bundeskanzler habe das so gewollt. Vielleicht ist er nur das Opfer des Geschehens in einer Welt, die nach Hitler und Stalin auch mit Chruschtschow fertig werden muss.

Vielleicht? Genau wissen wir es nämlich nicht, denn dieser 85-Jährige, dessen grossartiger Geburtstag am 5. Januar gefeiert wird, ist einsam wie wenige unter uns. Nicht, dass es ihm an Ehren fehlte, nicht, dass ihn nicht eine grosse und wirtschaftlich gesicherte Familie von Kindern und Kindeskindern umringte. Das ist es nicht!

Adenauer ist politisch einsam. Nach ihm kommt in der von ihm geführten Partei kein sichtbarer Nachfolger, kein politischer Schlichtträger, dessen Persönlichkeit das erfüllen könnte, was nach dem Kanzler kommen müsste.

Vor kurzem hat Adenauer einmal gesagt, er habe seinen eigenen Freunden nicht trauen können. Dieser Satz, sicher nicht wörtlich gemeint, war das bittere Eingeständnis eines Mannes, der nicht weiss, wer sein Lebenswerk nach ihm fortsetzen wird.

Auch in diesen Jahre wieder will der Bundeskanzler in den Wahlkampf ziehen. Er will es trotz seiner 85 Jahre. Wir wünschen, dass seine Gesundheit es ihm gestatten möge, kräftig, aber auch weise, in das Ringen um die politische Führung in der Bundesrepublik einzugreifen. Er selbst sagte einmal, der Kampf erhalte ihn jung.

Doch - so fragt man - welchen Sinn hat seine Art von Kampf, wenn man weiss, dass im eigenen weltanschaulich und parteipolitisch bewusst begrenzten Kreis niemand sichtbar wird, den er schon zu Lebzeiten eingeführt hätte in das Denken und Handeln nach seinen eigenen Vorstellungen? Dem einen hat der 85-Jährige öffentlich bescheinigt, er verstehe nichts von den ganz grossen Regierungsgeschäften, dem anderen gesagt, er solle bei seinem Leisten bleiben.

Und der Brückenschlag nach der anderen Seite, nach der Seite zum politisch Andersdenkenden hin?

Der 85-Jährige ist Zeit seines Lebens misstrauisch gewesen und ehe er die Leistung anderer anerkennt, macht er lieber einen gängigen Witz. Das freut gewiss die Gedankenlosen und jene, die bedingungslos ihr Schicksal in die Hände eines Mannes zu legen gewohnt sind. Aber ob das die Grösse ist, die unser Volk - jedes Volk - braucht?

Es mag sein, dass wir den 85-Jährigen zu profiliert sehen, dass wir, seine politischen Gegner, vor allem seine Schwächen erblicken.

Wer sollte es sonst tun? Der Himmel bewahre uns und den 85-jährigen Kanzler vor kritiklosem Byzantinismus, vor jener Art der Betrachtungsweise eines Mannes und seines Werkes, die alles glatt und vollendet zu sehen vorgibt. Adenauer selbst würde unser nur spotten, wie er diejenigen seiner eigenen Parteifreunde mit beissenden Hohn überschüttet, die sich ihm in beflissener Ehrfurcht nähern. Und er täte recht daran!

Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich der 85-jährige Kanzler noch ändern könnte. Er hat seinen Weg gewählt, er hat sein Leben erfüllt. Es ist der Weg und das Leben des Einsamen, der mit Ehrfurcht gegrüsst wird und dem man zu seinem 85. Geburtstag wünscht, er möge weniger einsam sein.

Heyde-Sawade: Untersuchungsausschuß läßt nicht locker

sp - Nach über einjähriger Tätigkeit wird sich der Parlamentarische Heyde/Sawade-Untersuchungsausschuß des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 11. Januar mit den bisher wohl schwierigsten aber zugleich auch wichtigsten Feststellungen befassen müssen. Die Ermittlungen des 13-köpfigen Ausschusses werden sich der Frage zuwenden, ob die staatsanwaltschaftlichen Behörden im Norden auch alles getan haben, um die Mitwisser der zehnjährigen Doppelrolle des Euthanasiearztes Hitlers, des Professor Heyde, unter dem Namen Dr. Sawade in Schleswig-Holstein herauszufinden. Es geht jetzt sogar um die Frage, ob nicht durch höchste Staatsanwälte diese Ermittlungen selbst - gelinde gesagt: erschwert worden sind. Daneben wird der Ausschuss natürlich weiter den Auftrag zu erfüllen haben, die prominenter Mitwisser des Geheimnisses des vielbeschäftigten Obergutächter Sawade/Heyde selbst zu finden.

Zehntausendfacher Mord

Um die große staatspolitische Aufgabe zu begreifen, die der Untersuchungsausschuß in steigendem Maße zu erfüllen hat, muß betont festgestellt werden: Der seit Jahresfrist im Frankfurter Untersuchungsgefängnis sitzende Professor Heyde war massgebend für das grauenhafte Euthanasieprogramm Hitlers, das bis zur Tötung von Männern des Widerstandes in den Konzentrationslagern ging, verantwortlich. Der hessische Generalstaatsanwalt Bauer wird Heyde wegen Mord anklagen, denn nach der höchst-richterlichen deutschen Rechtsprechung ist verantwortliche Teilnahme an der Euthanasie nichts anderes als Mord- und im Komplex Heyde in zehntausendfachen Fällen.

Begünstigung eines Mörders?

Dem muss hinzugefügt werden, dass Leute, die Heyde begünstigt haben, sich der Begünstigung eines Mörders schuldig gemacht haben. Und Staatsanwälte, die den seit zehn Jahren steckbrieflich wegen Mordes gesuchten Professor Heyde dann, wenn sie etwas von ihm wussten, nicht haben festnehmen lassen, haben sich sehr schwer schuldig gemacht, denn Strafverfolgungsbehörden sind von Amts wegen verpflichtet, auch den geringsten Hinweisen nachzugehen.

Generalstaatsanwalt belastet

Das ist der Hintergrund, in den der Parlamentarische Untersuchungsausschuß in Schleswig-Holstein jetzt möglicherweise hineinleuchten wird.

3. Januar 1961

nachdem in sämtlichen Ermittlungsunterlagen der Staatsanwälte über Staatsanwälte nichts Belastendes zu Tage gekommen ist. Der Sozialgerichtsrat Dr. Meinicke-Pusch, als früherer Fraktionschef der regierenden Deutschen Wahlblockfraktion, ein Mann mit politischem Instinkt, hat als redlicher Staatsbürger das Seine dazu beigetragen, die parlamentarischen Ermittlungen in die neue Richtung zu lenken.

Wie man hört, hat er hinter verschlossenen Türen keinen geringeren als den Generalstaatsanwalt von Schleswig-Holstein, Dr. Adolf Voß, den der CDU angehörenden höchsten Ankläger des Landes, belastet. Als diese Belastungen ausgesprochen waren, beeilte sich das Kabinett von Hassel (CDU) bekanntzugeben, dass der Generalstaatsanwalt schon seit Mai sehr krank ist und man dem Wunsche nach vorzeitiger Zuruhesetzung entsprochen habe. Aber auch einige weitere Staatsanwälte, die in Flensburg antizipierten, als Heyde groß ins Gutachtergeschäft einstieg, sollen nun am 31. Januar öffentlich vor dem Ausschuss in Kiel berichten.

Auf eigenen Wunsch von Ermittlungen "entbunden"

Es ist möglich, dass Mitglieder des Ausschusses an das Krankenbett des Herrn Voß nach Schleswig-Holstein eilen werden, um diesen persönlichen Freund des von ihm persönlich wegen Begünstigung Heydes nicht angeklagten Präsidenten des Landessozialgerichts, des seit Jahresfrist antsentobenen Dr. Ernst-Siegfried-Burusch, zu vernahmen. In der Zeit - es ist manches unklar in der Vergangenheit und in der Tätigkeit des jetzt im 61. Lebensjahr in Pension gegangenen Dr. Voß. Darüber werden wir sicher in aller Kürze Näheres erfahren. Schließlich wurde dieser Mann bereits vor Jahresfrist, wie auch erst jetzt offiziell bekannt wurde, auf seinen Wunsch von den Ermittlungen im Fall Heyde entbunden.

Über die Rolle des Dr. Voß und der drei anderen Staatsanwälte im letzten Jahr wäre aber nicht ein Storbenswörtchen an die Öffentlichkeit gekommen, wenn der Ausschuss nicht dem Wunsche von Meinicke-Pusch entsprochen hätte, erst dann ungehemmt aussagen zu dürfen, wenn die Beobachter des Justizministeriums aus dem Ausschusszimmer verwiesen würden

Man kann die 13 Parlamentarier des Kieler Landtags zu dem Beschluss beglückwünschen, auch künftig Beobachter der Landesregierung von Vernehmungen auszuschließen und ihnen die vertraulichen Protokolle vorzuenthalten, wenn es darum geht, den staatspolitisch erstrangigen Auftrag zu erfüllen, die prominenten Mitwisser des unter Mordanklage stehenden Professor Heyde herauszufinden.

"Schutz für die Kriegsbefürworter"

Die "Lysistrata"-Affäre wird zum offenen Skandal

sp - Der Streit um Sendung oder Nichtsendung des für die Ausstrahlung am 7. Januar 1961 vorgesehenen Kortnerschen Fernsehstücks "Die Sendung der Lysistrata" hat sich unversehens aus einer peinlichen Affäre zu einem offenen Skandal entwickelt.

Wir wissen: Fritz Kortner, einer der Großen im Bereich von Schauspielkunst und Regie und seit mehr als zwölf Jahren aus der von Hitler erzwungenen Emigration wieder nach Deutschland zurückgekehrt, hat im Auftrage des Lustspiel des griechischen Dichters Aristophanes - gestorben um 385 vor Christi - für eine Fernsehsendung inszeniert und ihm eine aktuelle Rahmerhandlung gegeben.

Die "Lysistrata" des Aristophanes ist eine in der Form eines amüsant-amourösen Spiels gegossene leidenschaftliche Aussage gegen den Krieg. Die Aristophaneische "Lysistrata" ist in hunderten Aufführungen über die Bühnen in aller Welt gegangen. Sie hat ob ihres drastisch-derben Tons zweifellos manchen schockiert, aber sie hat sicher ebenso zweifellos wegen ihres ethisch-moralischen Anliegens auch sehr viele aufgerüttelt, und es hat schließlich ebenso zweifellos kaum einen Zuschauer gegeben, der um dieses von ihm absolut gebilligten Anliegens willen nicht manches drastische Wort verzeihen hätte. Noch im Jahre 1960 ließ Berlins Starregisseur Barlog die "Lysistrata" von seiner "Schloßparkbühne" aus ihre Anklage gegen den Krieg erheben und unter begeistertem Beifall tausender Berliner gewinnen.

Fragen an die Intendanten

Wenn so die "Lysistrata" des Aristophanes zum sicheren Besitz zumindest jedes "Gebildeten" gehört, was also konnten die Intendanten der deutschen Rundfunkanstalten von der für das Deutsche Fernsehen bestimmten Kortner-Fassung anderes erwarten als ein in amourös-drastischen Gewand breit ausgespieltes Anti-Kriegs-Stück? Und, da die Herren wissen, wer Fritz Kortner ist, was konnten sie von diesem Vollblut-Schauspieler und-Regisseur, der Zeit seines Lebens "links" stand und ein erbitterter Gegner des Krieges war, anderes erwarten, als ein Fanal, einen spektakulären Aufschrei gegen den Krieg an sich? Und dennoch stellen sich jene Intendanten, deren Sender ausgerechnet die Bildschirme der Fernsehapparate in den sog. "CDU-regierten" Ländern beliefern, jetzt hin und palavern von "unästhetisch, unmoralisch, sittlich anstößig, das sittliche Empfinden der Zuschauer verletzend und politisch einseitig." Und diese Intendanten gebärden sich, in die To en der Verteidiger von Ästhetik, Sittlichkeit, Moral und politischer Allseitigkeit gehüllt, als die ästhetischen, sittlichen, moralischen und politischen Zensur-Hüter der ihnen ausgelieferten Millionen von Fernsehzuschauern. Wer hat diese Herren gerufen und berufen, wer hat ihnen den Auftrag zu solchem Zensur-Tun gegeben? Diese Fragen werden hart und eindeutig beantwortet werden müssen, und da kann man sich nicht einfach, wie von einem südwestdeutschen Sender geschehen, auf "meine Satzung" berufen, die "eine Bibel" sei und laut der "ich mich moralisch nach den Grundauffassungen der abendländischen Kulturauffassungen zu richten habe."

Willkürliche Entscheidung

Solche Kanonenschüsse gegen Aristophanes, solche Bombenwürfe gegen Kortner! Wollen die Anti-Lysistrata-Intendanten diese Thesen zu einem Prokurstesbett des deutschen Fernsehens werden lassen? Und wenn solche Pläne bestehen sollten, warum begann man mit der "Lysistrata" und ließ früher Sendungen über Rundfunk- und Fernseh-Strahler laufen, bei denen wegen tatsächlicher Verletzung der Maximen der abendländischen Kulturauffassungen der Zuhörer und Zuschauer zwischen Widerwillen und Korn Schwankte? Nun stelle man sich aber in dem angesprochenen Kreise nicht dumm und frage, wo es denn früher etwa eine "Lysistrata" gegeben hätte! Man lese die Gebirge von Leserbriefen und Prosa-Kritiken der letzten Jahre nach und man wird die Beispiele zu Haufen angesprochen finden, in denen sich der Rundfunk- und Fernseh-Kunde, der monatlich sieben blanke D-Mark auf den Tisch legen muß, mit Schaudern von Lautsprecher und Bildschirm abwandte. Wo blieben bei diesen Beispielen die großen Worte, wo die Zensur-Tögen des selbst inthronisierten Verteidigers ohne Auftrag?

Verletzte Rundfunksatzung

Lassen wir also Ästhetik, Moral, Sittlichkeit und ähnliches beiseite. Fragen wir nach der Satzung. In § 4 des Rundfunkgesetzes wird den Rundfunk- und Fernseh-Machern wörtlich und dringlich aufgetragen, ihre Sender hätten "... der Völkerverständigung zu dienen - zum Frieden zu mahnen - die demokratische Freiheit zu verteidigen". Nun, in den Jahresschluss- und Jahresanfangs-Tagen gab es außer Freiheit noch ein Wort, das, obzwar tausendfach gebraucht, doch nicht abgegriffen ist, sondern als Pflicht Nr. eins über uns allen steht: Frieden. Man sollte also meinen, daß es darüber mit niemanden zur Diskussion kommen könnte. Was aber soll man sagen, wenn man von dem "Koordinator des Deutschen Fernsehens" im Rahmen einer scharfen Diskussion mit dem Kronjuristen der SPD-Fraktion, Dr. Arndt, sozusagen ex cathedra televisionis erzählt, er habe den Film auch abgelehnt, weil er "gleich zwei politische Meinungen diffamiere, nämlich die der Kriegsgegner und die der Kriegsbefürworter".

Koordinator Dr. Münsters, bayerischer Fernsehdiraktor, möge es Sache der Kriegsgegner sein lassen, ob sie sich durch einen Anti-Kriege-Streifen "diffamiert" fühlen können oder wollen. Ansonsten aber muss man die Erklärung Dr. Münsters zweimal lesen, um sich dann doch klarmachen zu müssen, daß des Deutschen Fernsehens Koordinator es auf sich genommen hat die Interessen der "Kriegsbefürworter" wahrzunehmen. Und hier hört der Spaß endgültig auf. Hier wird die Affäre, die mit der angestrichelten Intendanten-Zensur gegenüber mündigen Staatsbürgern schon voller Peinlichkeit war, zum offenen Skandal. Die hier versuchte Aufspaltung des deutschen Volkes in Kriegsgegner und "Kriegsbefürworter" ist eine schallende Ohrfeige ins Gesicht aller Deutschen, denen ein Fernseh-Beamter vor aller Welt anzuhängen wagt, daß ein Teil, und nach Lage der Diskussion eben der größere Teil von ihnen, nicht nur keine Gegner, sondern sogar Befürworter des Krieges seien. Der Skandal wird nicht kleiner, wenn Koordinator Dr. Münster in verspäteter Selbstverteidigung jetzt etwa "aufklären" würde, er hätte mit Kriegsgegnern und Kriegsbefürwortern nicht das ganze Volk, sondern nur seine "Flügelextreme" gemeint. Wo, Herr Koordinator, gibt es im deutschen Volk "Kriegsbefürworter"? Und wagen Sie zu behaupten, im deutschen Volke gäbe es nicht nur Kriegsgegner? Was hier, im blinden und verblendeten Eifer einer blamablen Auseinandersetzung gesagt wurde, ist unverzeihlich. Unverzeihlich dumm und unverzeihlich böse.

Beispiellose Arroganz

Blicke zum Schluß nur noch ein erstaunlicherweise ebenfalls Beteiligter: der Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, der Staatssekretär Felix von Eckardt, der es für nötig und angebracht gehalten hat, sich in eine Pressediskussion mit dem Presserats-Mitglied

3. Januar 1960

Fritz Sänger, ehem. Chefredakteur der dpa, einzulassen. Sänger hatte in einer Leserzuschrift zum "Lysistrata"-Streit auf Äußerungen hingewiesen, die der Presseamts-Angestellte Kurt Baetz als offizieller Vertreter dieses Amtes im Beirat der Deutschen Wochenschau in Hamburg über den "Lysistrata"-Regisseur Kortner gemacht hatte. Baetz hatte erklärt, daß Fritz Kortner "in seinem Hause als für das Medium Fernsehen nicht tragbar" betrachtet werde. Presseamtsleiter von Eckardt antwortete Herrn Sänger, daß es den im Presseamt tätigen Mitarbeitern frei stnde, "privat Ansichten über künstlerische Fragen zu äußern". Dieser lässige Debattbeitrag forderte einen Leserbrief des Domnick-Film-Mitarbeiters Dr. Kahane heraus, in dem klar festgestellt wurde, daß Baetz seine Äußerung in offiziellen Teil der Beirats-Sitzung als beauftragter Presseamts-Sprecher von sich gegeben hat.

Damit wird über um den "Lysistrata"-Fernsehstreifen produzierte Skandal auch noch von dieser regierungsamtlichen Seite her abgerundet. Es geht hier nicht um eine neue Panne des Eckardt-Amtes. Es geht um die maß- und bodenlose Arroganz, mit der sich dieses Amt und ein aus allgemeinen Steuergeldern bezahlter angestellter Erdreistet, hier abwertende Erklärungen über Männer abzugeben, deren künstlerische Qualität weit über die deutschen Grenzen hinaus unbestritten ist und die in Person und Arbeit dem Ansehen der deutschen Demokratie nützen. So wird der Skandal um die "Lysistrata" am Rande auch zu einem Presseamts-Skandal erster Ordnung, den aufzugreifen Aufgabe des kontrollierenden Parlaments ist.

+ + +

Pazifismus nicht verboten

"Alles, was westdeutsche Politiker in den nächsten acht Monaten sagen oder schreiben werden, muß gewiß vor dem Hintergrund der langsam heranrückenden Neuwahl des Bundestags aufgenommen werden, doch braucht nicht alles ausschließlich wahlbezogen gemeint zu sein. So sollte man den Brief verstehen, den Willy Brandt an den Verband der Kriegsdienstverweigerer geschrieben und in dem er der Ausbreitung pazifistischer Gedanken den Schutz seiner Partei zugesichert hat. Natürlich hat der Kanzlerkandidat der SPD dabei auch daran gedacht, daß die Kriegsdienstverweigerer dadurch veranlaßt werden können im Spätsommer für die SPD zu stimmen. Trotzdem ist es zu begrüßen, daß hier einmal ein verantwortlicher Politiker ein vernünftiges Wort über den Pazifismus gesprochen hat. Willy Brandt hat sich nicht selbst zum Pazifismus bekannt, aber er hat betont, daß der Pazifismus, sofern er sich gegen totalitäre Regierungsformen und für die freiheitliche, demokratische Grundordnung einsetzt, genau so wie andere Auffassungen berechtigt sei, seine Gedanken zu vertreten. Das einmal deutlich gesagt zu haben, ist dankenswert. Es entspricht lediglich der guten, alten demokratischen Regel, derzufolge man eine fremde Ansicht für grundverkehrt halten kann, aber trotzdem dafür eintreten muß, daß auch diese Ansicht zu Wort komme."

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel